

Kommunale Selbstverwaltung in Russland und in Deutschland: historische Erfahrungen und aktuelle Trends

Bericht über die internationale Konferenz des Moskauer Büros der Konrad Adenauer Stiftung und der Wolgograder Akademie für Staatsdienste

7.-8. April 2011

Wolgograd

Das Moskauer Auslandsbüro der Konrad-Adenauer-Stiftung führte zusammen mit der Wolgograder Akademie für Staatsdienste vom 7. bis 8. April 2011 in Wolgograd eine internationale Konferenz über die Herausforderungen der kommunalen Selbstverwaltung in Russland und in Deutschland durch. An der Konferenz nahmen Wissenschaftler, Juristen, Vertreter der kommunalen Selbstverwaltungsbehörde und andere Experten aus der kommunalen Selbstverwaltung Deutschlands und Russlands teil. Im Mittelpunkt der Veranstaltung standen Fragen zu den Unterschieden der kommunalen Selbstverwaltungen in Russland und in Deutschland, deren Zweckmäßigkeit gemessen an den Bedürfnissen der Gesellschaften beider Länder, sowie zukünftige Entwicklungen.

Herr Prof. Dr. Igor Tümenzew, Rektor der Wolgograder Akademie für Staatsdienste, betonte in seiner Eröffnungsrede die wachsende Bedeutung der kommunalen Selbstverwaltung für die Lösung der oftmals komplexen Herausforderungen unter den in einer globalisierten Welt sich schnell und kontinuierlich ändernden wirtschaftlichen und rechtlichen Bedingungen.

Eine besondere Aufmerksamkeit wurde während der Konferenz den praxisbezogenen Berichten der beiden deutschen Referenten geschenkt. In seinem Vortrag zum Thema: „Föderale und kommunale Selbstverwaltung: Probleme und Lösungen“ beleuchtete der Oberbürgermeister der Stadt

Zeitz (Sachsen-Anhalt) und Dozent an Deutschen Hochschulen für Kommunalrecht sowie Kommunalpraxis mit Lehrauftrag Herr Dr. Volkmar Kunze unter anderem die Aufteilung der Kompetenzen zwischen Bundesländern und kommunalen Behörden. Das föderale System sowie das Subsidiaritätsprinzip erlaube dem deutschen Oberbürgermeister dem Ministerpräsidenten eines Bundeslandes zu widersprechen, sollte letzterer sich in die Kompetenzen der kommunalen Selbstverwaltung einmischen. Die partielle finanzielle Unabhängigkeit der deutschen Kommunen ist nicht zuletzt durch die Möglichkeit, eigene Steuern zu erheben, gewährleistet. Das Bundesland stelle somit kommunalen Behörden Aufgaben und überlasse ihnen die Lösungsfindung. „Als kommunaler Politiker verfüge ich über solche Befugnisse, die keiner der Politiker der Landes- oder Bundeslandesebene besitzt“ betonte Herr Dr. Kunze.

Frau Prof. Dr. jur Natalia Tscherepanova von der Akademie für Volkswirtschaft und Staatsdienst beim Präsidenten der Russischen Föderation vertrat die Meinung, dass die Finanzierungsstruktur in Russland den kommunalen Selbstverwaltungsorganen zu wenig finanzielle Unabhängigkeit lässt und einer Reform bedarf, die den Zugang der Mittel voraussehbarer macht. Herr Sergei Bulgakow erläuterte in seiner Funktion als stellvertretender Vorsitzender des Komitees für die Organisation der Staatsmacht und der Kommunalverwaltung und als Leiter der Fraktion „Einiges Russland“ im Parlament des Gebietes Wolgograd im Vortrag

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

RUSSISCHE FÖDERATION

ELENA DANCHENKO

13. April 2011

www.kas.de

www.kas.de/ru-moskau/

„Politische Parteien und deren Rolle in der Herausbildung und Funktion der kommunalen Machtorgane“ in seinem Fazit, dass nicht die Parteien, sondern die gesellschaftlichen Einrichtungen (Sozialorganisationen) die Interessen der Gesellschaft auf kommunalem Niveau wahrnehmen sollten.

Herr Dr. Martin Kummer, ehemaliger Oberbürgermeister der Stadt Suhl (Thüringen), stellte in seinem Vortrag über die „Demokratische Vertretung von Bürgerinteressen in der kommunalen Selbstverwaltung“ zunächst gekürzt die Struktur der kommunalen Selbstverwaltung sowie die Einflussmöglichkeiten eines einzelnen Menschen auf die Kommunalbehörde dar. „Der Mensch genießt die höchste Priorität in unserer Arbeit“ – betonte er. Dem schloss sich Herr Dr. Kunze an: „Ich bin der erste Diener meiner Stadt und ich habe 30 000 Chefs - die Einwohner“.

In der anschließenden Diskussion wurden mehrere Aspekte der Praxis der Arbeit der deutschen kommunalen Selbstverwaltung angesprochen, die mit den Erfahrungen der russischen Teilnehmer korrespondierten, darunter: Das System zur Korruptionsbekämpfung auf kommunaler Ebene, die Lohnpolitik, das mit der Arbeit eines Kommunalverwaltungsbeamten verbundene Prestige, und zuletzt die Organisation der Verwaltung von Wohnungs- und Kommunalwirtschaft, die Telekommunikationsinfrastruktur sowie die öffentlichen Verkehrsmittel.

Bedingt durch die kürzliche Einführung eines „City-Managers“ in der Stadtverwaltung, nahm die Diskussion über den Begriff, die Rechtmäßigkeit der Einführung und die Aufgaben eines „City-Manager“ einen großen Platz während der Konferenz ein. Der Tenor der abschließenden Diskussion lautete, dass die bevorstehende Einführung des Postens eines „City-Managers“ nach amerikanischem Modell eine Gefahr für die demokratische kommunale Selbstverwaltung darstellen könnte, da auf diesem Wege der Posten des von den Bürgern gewählter Bürgermeister eliminiert werden könnte. Diese Praxis scheint in Russland sich zu verbreiten, da eine ähnliche Situ-

ation vor kurzem auch in der russischen Stadt Kaluga Gegenstand der gesellschaftlichen Diskussion war, und die Stadt nun bereits ohne Bürgermeister und nur noch mit einem City-Manager lebt. Dieses Vorgehen birgt in sich die Gefahr einer starken Beschränkung des Einflusses der Bürger auf die kommunale Selbstverwaltung und die Entfremdung der regionalen Macht von den Bedürfnissen der eigenen Bürger.

Die Konferenz bot den Teilnehmern eine höchst willkommene Gelegenheit, sich mit Kollegen aus Deutschland über ihre Erfahrungen auf dem Gebiet der kommunalen Selbstverwaltung auszutauschen. Es wurden sowohl rechtliche, wirtschaftliche als auch sozio-kulturelle Aspekte der Aufgaben und Herausforderungen kommunaler Selbstverwaltung aufgezeigt und Lösungsansätze zur effizienten Problemlösung herausgearbeitet.